

Zeitschrift für

Psychosomatische Medizin und Psychoanalyse

Herausgegeben von

Rudolf Adam
Walter Bräutigam
Annemarie Dührssen
Michael Geyer
Franz Heigl
Eduard Jorswieck
Gerd Rudolf
Ulrich Rüger
Heinz Schepank
Wolfgang Tress

1. Vierteljahresheft

1/1991

37. Jahrgang

U. Streeck

Klinische Psychotherapie als Fokalbehandlung

W.-P. Riedel

Patientenmerkmale und Therapieerfolg

B. Nitzschke

Psychoanalyse als »un«-politische Wissenschaft

H.-C. Deter et al.

Soziale Unterstützung bei Morbus Crohn

K. Lieberz

Genese und Diagnostik schizoider Störungen

H. Kordy et al.

Krankheitsbilder und Persönlichkeitsstruktur

Th. Reitter, W. Tress

Psychosomatische Spezifität

Psychoanalyse als „un“-politische Wissenschaft

Die politischen Konsequenzen der „Weltanschauungs“-Debatte vor 1933 für das Verhalten einiger offizieller Repräsentanten der deutschen (DPG) und der internationalen (IPV) Psychoanalyse während der Zeit des „Dritten Reiches“¹

Von Bernd Nitzschke

„In Wirklichkeit ist die Psychoanalyse eine Forschungsmethode, ein parteiloses Instrument, wie etwa die Infinitesimalrechnung.“

Freud (1927, S. 360)

Summary

Psychoanalysis as a “Non”-political Science. The Political Consequences of the Debate about “Weltanschauung” Prior to 1933

The executive committee of the *DPG* (*German Psychoanalytical Society*) was “Aryanized” in 1933, and the integration of the *DPG* into the *German Institute for Psychological Research and Psychotherapy* took place in 1936, leading to a gradual adjustment of psychoanalysis at the organizational and ideological level to the dominant political conditions of National Socialism. Events between those years are seen here not as more or less chance moments but as the inevitable result of a strategy based on a “non”-political understanding of psychoanalysis and the desire to guarantee the survival of *institutionalized* psychoanalysis at the cost of individuals, dissenting political opinions, and even some of the essentials of psychoanalysis itself.

Keywords

Psychoanalyse und Nationalsozialismus — *Wilhelm Reich* — „Deutsches Institut für Psychologische Forschung und Psychotherapie“ — *Ernest Jones*

1 Nach einem Vortrag, gehalten unter demselben Titel bei der 3. Internationalen Zusammenkunft der „*International Association for the History of Psychoanalysis*“ (*A. I. H. P.*) in Zusammenarbeit mit der „*British Psycho-Analytical Society*“ und der „*Psychoanalysis Unit of University College London*“, London 20.—22. 7. 1990.

Zusammenfassung

Die Ereignisse, die zwischen 1933 („Arisierung“ des Vorstands der DPG) und 1936 (Eintritt der DPG in das „*Deutsches Institut für Psychologische Forschung und Psychotherapie*“) zu einer schrittweisen Anpassung der Psychoanalyse auf organisatorischer und ideologischer Ebene an die nationalsozialistischen Herrschaftsbedingungen führten, werden nicht als mehr oder weniger zufällige Einzelmomente, vielmehr als zwangsläufige Folgen einer Strategie begriffen, die von einem „un“-politischen Selbstverständnis der Psychoanalyse und vom Willen geprägt war, das Überleben der *institutionalisierten* Psychoanalyse zuungunsten von Einzelpersonen, abweichenden politischen Positionen und schließlich auch inhaltlichen Essentials der Psychoanalyse zu sichern.

Spätestens durch die von Putnam (1912) beim „3. Internationalen Psychoanalytischen Kongreß“ in Weimar erhobene Forderung, die Psychoanalyse habe sich zu einer *bestimmten* philosophischen Position zu bekennen — er selbst schlug die antimaterialistische Philosophie Bergsons vor, war das Problem der philosophischen Einordnung der Psychoanalyse auf die Tagesordnung gesetzt worden. Verbunden damit waren zwei Fragen: Besitzt die Psychoanalyse aufgrund ihrer Eigenarten eine besondere Affinität zu einer *bestimmten* „Weltanschauung“? Oder kann sie gar selbst als „Weltanschauung“ gelten?

Unter „Weltanschauung“ wurde dabei die Ableitung eines Orientierungssystems aus einer philosophisch-ideologischen Grundposition verstanden, sozusagen ein System von Werthaltungen, aus dem auch in praktischen Fragen Hilfen für Handlungsentscheidungen zu gewinnen wären. Im Hinblick auf die Psychoanalyse bedeutete das etwa: Welches Menschenbild, welche Wertvorstellungen liegen ihr zugrunde, und in Richtung auf welche Zielvorstellungen ist das praktisch-therapeutische Handeln der Psychoanalyse orientiert? Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurden diese Fragen weniger akademisch, das heißt, sie wurden jetzt politisch gestellt: Welcher politischen Richtung steht die Psychoanalyse nahe oder sollte sie nahestehen?

Freuds Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre formulierter Standpunkt zur „Weltanschauungs“-Debatte um die Psychoanalyse war eindeutig. Sein Fazit (1927, 1933a) lautete: Die Psychoanalyse kann selbst keine „Weltanschauung“ begründen, und sie neigt auch keiner bestimmten „weltanschaulichen“ Richtung zu, es sei denn der von Freud so benannten wissenschaftlichen „Weltanschauung“. Freud hielt die Psychoanalyse für eine „reine“ (Natur-)Wissenschaft und sah in ihr ein „Instrument“, vergleichbar der „Infinitesimalrechnung“ (1927, S. 360). Die psychoanalytische Methode kann man demnach richtig oder falsch, jedoch in jedem Falle *unabhängig* von philosophischen Standpunkten oder politischen Überzeugungen anwenden.

Damit war eine Neutralitätserklärung nach beiden Richtungen hin abgegeben: Wissenschaft und Politik hatten wechselseitig ihre Einflußbereiche und Grenzen zu tolerieren; Übergriffe in die jeweils andere Sphäre galten als unzulässig. Dieser Standpunkt, der *Freuds* Wissenschaftsgläubigkeit und liberal-bürgerlicher Einstellung entsprach (und insofern einen, wenngleich nicht weiter reflektierten, philosophisch-politischen Hintergrund hatte), war gegen alle Versuche gerichtet, in der Psychoanalyse eine für eine bestimmte politische Ideologie (z. B. für den Marxismus) geeignete Lehre zu erkennen bzw. die Psychoanalyse in den Dienst einer bestimmten „Weltanschauung“ zu stellen.

Protagonist der Bestrebungen, die Psychoanalyse einer bestimmten politischen Philosophie zuzuordnen, war in den 20er und frühen 30er Jahren *Wilhelm Reich*. Zwar hielt auch er an *Freuds* Überzeugung fest, die Psychoanalyse sei *keine* „Weltanschauung“, sondern eine reine (Natur-)Wissenschaft, eine Methode zur Untersuchung affektiver Prozesse (im weitesten Sinne); doch zugleich meinte *Reich*, da die Psychoanalyse in einer materialistischen Grundposition wurzle, sei sie geeignet, (partei-)marxistischen Untersuchungen sozialer und politischer Phänomene als *Hilfswissenschaft* zu dienen. Dieser Einschätzung der Psychoanalyse als wissenschaftlicher Dienerin des Marxismus widersprach *Bernfeld* insofern, als er für die Psychoanalyse mehr Eigenständigkeit bei der Untersuchung sozialer und politischer Phänomene forderte, als *Reich* dies zubilligen wollte; ansonsten war auch *Bernfeld* — wie *Reich* — der Meinung, die Psychoanalyse könne selbst *keine* „Weltanschauung“ begründen, ihre *Ergebnisse* seien aber für unterschiedliche politische Lager in sehr unterschiedlichem Ausmaß nützlich. *Bernfeld* schreibt hierzu:

„Die Psychoanalyse ist keine Weltanschauung, sondern eine Wissenschaft. Aber eine Wissenschaft von so eigenartigem Charakter, daß sie zwar alle Weltanschauungen mit Fakten versorgt, jedoch bei heutiger Kampflage der Menschheit für die verschiedenen Weltanschauungslager sehr verschiedenen Wert hat“ (1927/28, S. 206).

„(...) allen Stücken der heutigen Kultur steht die Psychoanalyse als Zerstörerin gegenüber, wenn man sie nur hierzu verwenden will; aber will man sie überhaupt verwenden und nicht als reine Wissenschaft genießen, so wird sie zur Zerstörerin“ (1927/28, S. 207).

Im Hinblick auf die für die bürgerliche Ordnung und deren Wertvorstellungen potentiell zerstörerischen Konsequenzen der Psychoanalyse formulierte *Reich* seinen Standpunkt ähnlich dezidiert:

„Die Psychoanalyse kann aus sich heraus keine Weltanschauung entwickeln, kann also auch keine Weltanschauung ersetzen; aber sie bringt eine Umwertung der Werte mit sich, sie zerstört in ihrer praktischen Anwendung beim Einzelnen die Religion, die bürgerlichen Sexualideologien und befreit die Sexualität. Das sind aber gerade die ideologischen Funktionen des Marxismus. Dieser stürzt die alten Werte durch die ökonomische Revolution und die materialistische Weltanschauung; die Psychoanalyse tut das gleiche, oder könnte das gleiche tun, psychologisch“ (1971, S. 186).

Die Kritik konservativer, völkischer und schließlich auch nationalsozialistischer Gegner der Psychoanalyse griff derartige Formulierungen auf. Diese Gegner identifizierten die Psychoanalyse *insgesamt* mit den von Reich in der Öffentlichkeit, oft lautstark, vorgetragenen Standpunkten und warfen der Psychoanalyse vor, sie sei keine „Wissenschaft“, vielmehr eine „Weltanschauung“, oder sie stehe zumindest im „weltanschaulichen“ Lager der Gegner der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Anti-psychoanalytische, anti-marxistische und zunehmend auch anti-jüdische Haltungen verknüpften sich auf diese Weise, bis endlich nach Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933 die Existenz psychoanalytischer Institutionen und Organisationen ernsthaft gefährdet erscheinen mußte. Wollte man unter den nunmehr herrschenden Bedingungen des „Dritten Reiches“ die Existenz psychoanalytischer Institutionen sichern und den Bestand der Psychoanalyse „retten“, so war man darauf angewiesen, sich deutlich erkennbar von den Positionen Reichs zu distanzieren. Man mußte also nach außen demonstrieren, daß Reichs Auffassungen und jene der organisierten Psychoanalyse *nichts* miteinander zu tun hatten.

Freud selbst hatte den Standpunkt eingenommen, die Existenz der organisierten Psychoanalyse sei auch unter den Bedingungen des „Dritten Reiches“ fortzusetzen. Im folgenden will ich versuchen, eine Hypothese zu formulieren und sie mit Hinweisen auf eine Reihe von Ereignissen (zwischen 1933 und 1936) plausibel erscheinen zu lassen, die an dieser *Freudschen* Position ansetzt. Die Hypothese lautet: Die bis zum Jahre 1936 (= Eintritt der DPG in das „*Deutsche Institut für Psychologische Forschung und Psychotherapie*“) von der DPG-Führung (Boehm und Müller-Braunschweig) unternommenen Schritte waren an der Maxime *Freuds* orientiert, die Psychoanalyse als „un“-politische Wissenschaft erscheinen zu lassen, um ihre Weiterexistenz auf diese Weise gegen ein mögliches Verbot durch die Nationalsozialisten abzusichern; und die daraus resultierenden Strategien der Anpassung (die inhaltlich allerdings zu einer schrittweisen Veränderung der Psychoanalyse führen mußten) waren mit den wichtigsten Repräsentanten der IPV (vor allem mit Jones und Anna Freud) laufend abgesprochen. Man verstand sich demnach als Repräsentanten einer „reinen“ Wissenschaft, die als weltanschaulich „neutral“ ausgegeben werden mußte, vergleichbar jedem anderen wissenschaftlichen „Instrument“ oder auch mit der „reinen“ Mathematik, die unter allen (politischen) Umständen *anzuwenden* ist, solange sie als Wissenschaft toleriert wird und man ihre *immanente* Logik gelten läßt.

Etwa eineinhalb Monate nach Hitlers Regierungsantritt hatte Freud am 21. März 1933 in einem Brief an Eitingon gefordert, das *Berliner Psychoanalytische Institut* (und damit die DPG) sei auch unter den nunmehr von den Nationalsozialisten bestimmten Bedingungen zu erhalten. Freud (1933b, S. 94) schreibt, sollte Eitingon als „Ausländer usw.“ — spricht: als russischer Jude —

von den neuen politischen Machthabern nicht länger als Vorsitzender des Berliner Instituts geduldet werden, so habe *Eitingon* dies hinzunehmen:

„In diesem Fall meine ich, können Sie das Institut nicht sperren. Sie haben es zwar begründet und die längste Zeit erhalten, aber dann haben Sie es dem Berliner Verein überlassen, dem es jetzt gehört. Sie können es rechtlich nicht (sperren — B. N.), es ist aber auch im allgemeinen (und im besonderen, nämlich in *Freuds* — B. N.) Interesse, daß es erhalten bleibt, um die ungünstigen Zeiten zu überstehen. Im Intervall (d. h. bis zum erwarteten Ende der Regierung Hitler — B. N.) kann ein Indifferenter wie *Boehm* es weiterführen“ (1933 b, S. 94).

Mit anderen Worten: *Freud* verlangte 1933 die Fortführung des Berliner Instituts auch unter der Bedingung einer vorübergehenden, durch die Rassenideologie der jetzt herrschenden Nationalsozialisten erzwungenen „Arisierung“ der Vorstandsebene der *DPG*, solange dadurch ein mögliches Verbot der psychoanalytischen Institutionen verhindert werden konnte. Auf Vorschlag *Eitingons* wurde eine solche „Arisierung“ des *DPG*-Vorstandes im Herbst 1933 von den *DPG*-Mitgliedern denn auch beschlossen, nachdem sich in einer ersten Abstimmung im Mai 1933 noch die Mehrheit der jüdischen *DPG*-Mitglieder und einige wenige „Arier“ — darunter *Schultz-Hencke* — gegen eine derartige Bereitschaft zur Unterwerfung unter die nationalsozialistische Rassenideologie gewehrt hatten. Nach der Ablösung *Eitingons*, also vom Herbst 1933 an, bestimmten *Boehm* und *Müller-Braunschweig* gemeinsam das weitere Schicksal der Psychoanalyse im „Dritten Reich“, wobei sie allerdings — mindestens bis Ende 1936 — Wert darauf legten, bei all ihren Entscheidungen in „ständiger“ Rücksprache mit der Führungsebene der *IPV* zu bleiben, um keinen wesentlichen Schritt ohne deren Zustimmung zu unternehmen. Die ersten Schritte der Anpassung der Psychoanalyse an die neuen Herrschaftsverhältnisse (zum Teil noch vor Auswechslung des *DPG*-Vorstandes und zum Teil gar nicht einmal in Berlin, sondern in *Wien* unternommen) sahen folgendermaßen aus:

1. Kündigung eines mit *Wilhelm Reich* bereits abgeschlossenen Vertrags durch den „Internationalen Psychoanalytischen Verlag“ (d. h. durch Dr. *Martin Freud*, *Wien*) im März 1933, um *Reichs* „Charakteranalyse“ nicht mehr in das Verlagsprogramm aufnehmen zu müssen.

2. Aufforderung *Freuds* anlässlich eines Besuchs *Boehms*, des designierten *DPG*-Vorsitzenden, in *Wien*: „befreien Sie mich von *Reich*“ (*Boehm*, 1934, S. 101).

3. „Dr. *Eitingon* ließ gleich nach der Machtergreifung der neuen Regierung Dr. *Reich* mitteilen, er möchte unsere Institutsräume nicht mehr betreten, damit, falls er verhaftet werden würde, dies nicht in unseren Räumen geschehen könne“ (*Boehm*, 1934, S. 99).

4. Geheimer Ausschluß *Wilhelm Reichs* aus der *DPG* im Sommer 1933 noch unter dem alten Vorstand: „In der Vorstandssitzung stellte *Simmel* den Antrag, *Reich* nicht mehr in der Mitgliederliste zu führen (*Fenichel* war verreist und fehlte in dieser Vorstandssitzung). Für den Antrag von *Simmel* stimmten außer ihm selbst *Müller-Braunschweig* und ich; im Prinzip auch *Eitingon*; er bat aber dringend darum, mit dieser ‚Reinigungsaktion‘ zu warten, bis in der nächsten Generalversammlung Anfang Oktober

er von allen seinen Ämtern zurückgetreten sein würde. Der Beschluß, dieses *Reich* mitzuteilen, wurde nicht ausgeführt, weil wir es nicht für opportun hielten, mit *Reich*, welcher im Ausland weilte (das heißt: emigriert war, um den nationalsozialistischen Häschern zu entkommen — B. N.), in irgendeine Beziehung zu treten“ (*Boehm*, 1934, S. 103).

5. *Boehm* und *Müller-Braunschweig* führten bereits 1933 verschiedene Gespräche im NS-Kultusministerium, die dem Nachweis dienen sollten, daß die Psychoanalyse — wie es in einem Bericht *Boehms* für den IPV-Präsidenten *Jones* heißt — keine „jüdisch-marxistische Schweinerei“ (1934, S. 103) sei. Das heißt, es sollte nachgewiesen werden, daß die Psychoanalyse mit den Positionen *Reichs* nichts zu tun habe. Auf derlei Belehrungen antwortete ein NS-Bürokrat, „es müsse demnach zwei Arten von Ps.(ycho)-A.(nalyse) geben“ (1934, S. 105), und forderte von *Boehm* ein diesbezügliches Memorandum, aus dem ersichtlich werde, wie das wahre Wesen der Psychoanalyse beschaffen sei, die dem neuen Staat nützen und daher von den neuen Machthabern auch toleriert werden könne. Das einschlägige Memorandum verfaßte *Müller-Braunschweig*. Es lag am 29. September 1933 fertig vor und wurde bereits zwei Tage später, am 1. Oktober 1933, in Haag (Holland) im Beisein von *Boehm*, *van Ophuijsen* und dem IPV-Präsidenten *Jones* vorgelesen. Die populäre Kurz-Fassung dieses Memorandums erschien unter dem bezeichnenden Titel „Psychoanalyse und Weltanschauung“ am 22. Oktober 1933 im „Reichswart“, einem nationalsozialistischen Kampfblatt (vgl. *Müller-Braunschweig*, 1933).

6. Beim „13. Internationalen Psychotherapeutischen Kongreß“ in Luzern — also auf neutralem Boden in der Schweiz — wurde es *Wilhelm Reich* untersagt, als ein im Kongreßkalender *ausgewiesenes* Mitglied der DPG oder der IPV ein angemeldetes Referat zu verlesen. Anlässlich dieses Kongresses erfuhr *Reich* auch erstmals von der Tatsache, daß er bereits seit etwa einem Jahr von der DPG-Mitgliederliste gestrichen und demzufolge nach den damals geltenden Statuten auch seine IPV-Mitgliedschaft gefährdet mehr war. Gegen diesen konspirativen Beschluß, den Emigranten *Reich* im Interesse vor allem *Freuds*, der IPV-Führung, aber auch der neuen Vorsitzenden der deutschen Gruppe aus der Mitgliederliste der DPG zu streichen, protestierte *Reich* entschieden, allerdings ohne Erfolg. An *Reich* wurde also 1933 ohne dessen „freiwillige“ Zustimmung exekutiert, was 1935 an allen anderen noch nicht aus Deutschland emigrierten jüdischen DPG-Mitgliedern — diesmal allerdings mit deren „freiwilliger“ Zustimmung — wiederholt wurde: die Ausgrenzung aus der DPG.

Wegen solcher und ähnlicher Maßnahmen kam es unter den bis zum Sommer 1934 aus Deutschland emigrierten Psychoanalytikern zur Kritik an der — wie sie meinten — vor allem von *Boehm* eigenverantwortlich bestimmten Strategie der „Rettung“ der Psychoanalyse im „Dritten Reich“. *Jones* wußte von dieser Stimmung und warnte deshalb *Boehm* rechtzeitig vor dem Luzerner Kongreß. Um eine Strategie erarbeiten zu können, mit deren Hilfe die zu erwartende Kritik an der DPG (bzw. an *Boehm*) abgewehrt werden konnte, erbat *Jones* Berichte, die er auch erhielt (*Boehm*, 1934; *Müller-Braunschweig*, 1934), über alle bis dahin von der DPG-Führung unternommenen Maßnahmen. Im Brief von *Jones* an *Boehm* hatte es dazu „strictly confidential“ geheißen:

„You are not likely to know the strength of the storm of indignation and opposition which is at present agitating certain circles, especially among the exiles from Germany. This may easily take the form of a personal vote of censure against yourself or even a resolution to exclude the German Society from the International Association. You will

know that I myself regard these emotions and ultra-Jewish attitude very unsympathetically, and it is plain to me that you and colleagues are being made a dumping-ground for much emotion and resentment which belongs elsewhere and has been displaced in your direction“ (Jones, 1934, S. 68).

Auf dem Luzerner Kongreß im Sommer 1934 führte der IPV-Präsident in seiner Eröffnungsrede zu diesem Punkt der ihm so unsympathischen, da „ultra-jüdischen“ Ressentiments gegen *Boehm* u. a. aus:

„Man hat ohne Zweifel das Recht, verschiedener Ansicht darüber zu sein, ob einzelne von Dr. *Boehm* unternommene Schritte angebracht waren; der Wert solcher Meinungen hängt aber davon ab, ob der, der sie ausspricht, die zugrunde liegenden Tatsachen wirklich kennt. Ich habe einige sehr scharfe Meinungen gehört, die in Unkenntnis dieser Tatsachen geäußert wurden, was an sich schon der Beweis dafür ist, daß irrationale Faktoren am Werk sind. Ich möchte nur hinzufügen, daß Dr. *Boehm* zuerst persönlich bei Prof. *Freud* im April 1933 vorsprach, um kritischen Zusammenstößen, zu denen es später tatsächlich kam, vorzubeugen; er benützte auch schon sehr früh die Gelegenheit, mir als dem Präsidenten einen wahrheitsgetreuen Bericht von allen Geschehnissen gelegentlich von persönlichen Besprechungen zu geben, die ich mit ihm und anderen Kollegen im Oktober desselben Jahres (1933 — B. N.) in Holland hatte. Ich habe Anlaß zu hoffen, daß die Dienste, die Dr. *Boehm* der Psychoanalyse geleistet hat, jede zeitweilige Kritik, der er ausgesetzt sein mag, überdauern werden“ (1935, S. 135).

Hatte die DPG-Führung in ständiger Rücksprache mit dem IPV-Präsidenten all jene Schritte unternommen, durch die der Burgfriede mit den neuen politischen Machthabern in Deutschland geschlossen werden konnte, so verschärfte sich die Situation dramatisch, als unerwartet *Edith Jacobsohn* am 24. Oktober 1935 wegen Vorbereitung zum „Hochverrat“ von der Gestapo verhaftet wurde. Sie hatte Mitgliedern einer sozialdemokratischen Widerstandsgruppe, der einer ihrer Patienten angehörte, Versammlungen in ihrer Wohnung gestattet und war vermutlich auch selbst in dieser Widerstandsgruppe engagiert. Damit hatte sie gegen das unter den Berliner Psychoanalytikern um diese Zeit informell geltende (vgl. *Lockett*, 1990), nach der Verhaftung *Edith Jacobsohns* auch von der *Wiener Psychoanalytischen Vereinigung* für deren Mitglieder (vgl. *Langer*, 1971) offiziell erlassene Gebot der politischen Abstinenz verstoßen, demzufolge erwartet wurde, daß sich Psychoanalytiker nicht im politischen Widerstand engagierten, da andernfalls die Existenz der Psychoanalyse insgesamt gefährdet erschien. *Anna Freud* qualifizierte jedenfalls in einem Gespräch mit der Psychoanalytikerin *Nic Hoel*, die zu der von *Reich* politisierten norwegischen Gruppe gehörte und als Emissärin im „Fall“ *Jacobsohn* zwischen Wien, Berlin und London unterwegs war, das Verhalten von *Edith Jacobsohn* gegenüber *Boehm* und der DPG als „treacherous“ (Brief *Nic Hoels* an *Jones* vom 4. Januar 1936, S. 113).

Ergebnis des „Falles“ *Jacobsohn* war der von *Boehm*, *Müller-Braunschweig* und der Mehrheit der arischen DPG-Mitglieder gewünschte und vom IPV-Präsidenten *Jones* schließlich, nach einigem Zögern, auch „dringend“ gerate-

ne, „freiwillige“ Rücktritt der jüdischen Psychoanalytiker von der Mitgliedschaft in der *DPG*. Man meinte, dieses abermalige — von den Nationalsozialisten noch gar nicht geforderte — Opfer erbringen zu müssen, um ein nunmehr aufgrund der Verhaftung *Edith Jacobsohns* erwartetes Verbot der Psychoanalyse durch vorauseilende Demutsgesten abwenden zu können. Man bestrafte die Juden in der *DPG* also gewissermaßen kollektiv und symbolisch für das „Vergehen“, das *Edith Jacobsohn* sich zuschulden hatte kommen lassen; man entschuldigte sich auf diese Weise gegenüber den Nationalsozialisten, um die *DPG* in doppelsinniger Weise zu entlasten. Dem „Rat“ des *IPV*-Präsidenten, die *DPG* „freiwillig“ zu verlassen, beugten sich die Juden, weil sie meinten, damit zur Sicherung der Existenz der institutionalisierten Psychoanalyse im „Dritten Reich“ beitragen zu müssen. Diese „Arisierung“ der gesamten *DPG* im Jahre 1935, die der 1933 vollzogene „Arisierung“ des *DPG*-Vorstands nachfolgte, wurde im Sommer 1936 vom *IPV*-Präsidenten *Jones* auf dem Marienbader Kongreß gegenüber der versammelten internationalen Gemeinschaft der Psychoanalytiker mit den folgenden Worten bestätigt:

„Zu Weihnachten vorigen Jahres fanden es die jüdischen Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für notwendig, ihre Mitgliedschaft zurückzulegen“ (1937a, S. 165).

In einem Bericht für das Kongreßpublikum zur Situation der einzelnen Ländergruppen der *IPV* wurden die zwecks „Rettung“ der Psychoanalyse im Deutschen Reich seit dem Luzerner Kongreß getroffenen Maßnahmen von *Jones* dann noch etwas detaillierter beschrieben:

„Die Schwierigkeiten der Deutschen Gesellschaft dauern, wie es ja zu erwarten war, an, wenn sie auch jetzt wenigstens etwas genauer definierbar wurden. Ich hatte Gelegenheit, mit den leitenden Herren der Gesellschaft in *ständiger Föhlung* zu bleiben, und habe ihnen zwei Besuche abgestattet, um mit ihnen die laufenden Probleme zu besprechen. Es sind heuer zwei Ereignisse eingetreten, deren (von *Jones* behauptete — B. N.) *Notwendigkeit* wir tief beklagen. Im Januar war die Situation so, daß für alle jüdischen Mitglieder die *Notwendigkeit* bestand, ihre Mitgliedschaft bei der Gesellschaft niederzulegen. Dies war das erstemal — und wir alle hoffen inständig, es möge das letztmal sein —, daß *von solcher Willkür veranlaßte Erwägungen* sich in die wissenschaftliche Sphäre der Psychoanalyse Eingang verschafften. Im Vormonat wurde *verfügt*, daß die Deutsche Gesellschaft als Sektion dem ‚*Deutschen Institut für Seelenkunde und Psychotherapie*‘ angegliedert werde. Sie behält damit neben anderen Richtungen der Psychotherapie ihre *Selbständigkeit* hinsichtlich der wissenschaftlichen Arbeit und der Lehrtätigkeit und wir hoffen, daß dies auch künftighin der Fall sein wird“ (1937b, S. 184 — Herv.: B. N.).

Um es vorwegzunehmen: Die Bestätigung für die Erfüllung dieser vom *IPV*-Präsidenten 1936 ausgesprochenen Hoffnung, die *DPG* werde am NS-Institut, in das sie 1936 eintrat, um abermals ihr Überleben zu sichern, ihre wissenschaftliche „Selbständigkeit“ bewahren können, wurde von *Jones* beim „15. Internationalen Psychoanalytischen Kongreß“ im Sommer 1938 in Paris, also *nach* der Emigration *Freuds* aus Wien, in aller Öffentlichkeit gegeben:

„Die Deutsche Vereinigung führt weiterhin ihre einigermaßen heikle Existenz. Das neue *Deutsche Institut für Seelenkunde und Psychotherapie* wurde im Mai 1936 gegründet, eine Abteilung davon bildet die Psychoanalytische Vereinigung. Diese Abteilung hat sich bisher einer *beträchtlichen Selbständigkeit* erfreut, eine größere Anzahl Kandidaten wurde ausgebildet und neue Mitglieder wurden aufgenommen“ (Jones, 1939, S. 366 f.; Herv.: B. N.).

Was nun die von Jones im Sommer 1936 in Marienbad behauptete „Notwendigkeit“ des Eintritts der DPG in das „Deutsche Institut“ anbelangt, bzw. seine Umschreibung, dieser Eintritt sei „verfügt“ worden, so läßt eine Rekonstruktion der bekannten Tatsachen anhand der bisher veröffentlichten Dokumente allenfalls Zustimmung zur weiteren Behauptung von Jones zu, wonach es zwischen ihm und der DPG-Führung eine „ständige Fühlung“ gab, die auch — so füge ich hinzu — Wien einschloß, d. h. *Anna Freud* als Stellvertreterin ihres Vaters. Nur unter der Voraussetzung einer solchen Abstimmung zwischen Berlin, London und Wien war der Eintritt der DPG in das NS-Institut möglich gewesen. *Boehm* schreibt hierzu:

„Anfang März 1936 (höchstwahrscheinlich war es der 8. 3.) hatte ich in Brünn (Tschechoslowakei — B. N.) mit *Anna Freud* als Vertreterin ihres Vaters eine etwa 6stündige Unterredung, in welcher ich alle Möglichkeiten dieser geplanten neuen Institutionen mit ihr durchsprach. Österreich war damals für uns gesperrt, und ich konnte zu meinem Bedauern nicht nach Wien fahren. *Anna Freud* sagte mir zum Schluß dieser sehr ausführlichen Unterredungen mehrfach wörtlich: ‚Sie haben das vollste Einverständnis meines Vaters‘“ (1978, s. 303).

Mit dieser Rückversicherung im Reisegepäck, ohne die *Boehm* m. E. nicht handeln konnte, da er als eher entscheidungsschwach und der Stützung durch Autoritäten bedürftig galt, erklärte *Boehm* am 18. März 1936 die Bereitschaft der DPG zur Mitarbeit am „Deutschen Institut“. Damit verbunden war die Einwilligung, an der Entwicklung einer „deutschen“ Psychotherapie mitzuarbeiten, in die psychoanalytische Konzepte integriert werden konnten, soweit sie zuvor von „jüdischer Weltanschauung“ — so der neue Leiter des „Deutschen Instituts“ (*M. H. Göring*, 1936, S. 294) — gereinigt worden waren.

Müller-Braunschweig (vgl. z. B. 1935) hatte in den Jahren vor dem Eintritt in das NS-Institut ideologisch bereits vorbereitet, was nunmehr verlangt war: die Amalgamierung psychoanalytischer Theoreme mit nationalsozialistischer Ideologie. Und auch darüber war dem IPV-Präsidenten stets rechtzeitig Mitteilung gemacht worden. Schon vor dem Luzerner Kongreß 1934 war z. B. *Jones* von *Müller-Braunschweig* darüber informiert worden, daß sich die in Deutschland verbliebenen Psychoanalytiker darauf einstellten, bei der Erarbeitung einer „deutschen“ Psychotherapie mitzuarbeiten. *Müller-Braunschweig* hatte bereits zu diesem Zeitpunkt eine entsprechende Denkschrift für *M. H. Göring*, „den Reichsführer der geplanten Reichsfachschaft für Psychotherapie“ (*Müller-Braunschweig*, 1934, S. 96) verfaßt und darüber an den IPV-Präsidenten geschrieben:

„Auch bezüglich der im Gang befindlichen Bemühungen der Reichsregierung zur Schaffung einer Reichsfachschaft der Psychotherapeuten schien es nicht richtig, wenn wir tatenlos beiseite stehen und die Entwicklung über unsern Kopf hinweggehen lassen würden. Wir wollten nicht den Eindruck erwecken, als ob unsere Sache im Geringsten das Licht des Tages zu scheuen hätte und wollten mit unserer Meinung nicht hinter dem Berge halten, daß wir auf Grund unserer 14jährigen Erfahrung in Fragen der Unterrichts- und Ausbildungstätigkeit und auf Grund unserer noch weit längeren wissenschaftlichen Erfahrung glaubten, bei der Aufgabe der Organisation einer Reichsfachschaft für Psychotherapie und einer etwaigen Gründung einer Ausbildungsstätte für Psychotherapeuten mitsprechen zu dürfen“ (1934, S. 96).

Der Eintritt der *DPG* in das „Deutsche Institut“ war demnach weniger „verfügt“, denn von langer Hand und in Absprache mit dem *IPV*-Präsidenten vorbereitet worden. Er diente abermals dem Zweck, die Existenz der organisierten Psychoanalyse im „Dritten Reich“ abzusichern. Alternativen hierzu, die von einer Minderheit in der *DPG* befürwortet wurden (z. B. von *Rollenbleck* oder *Herold* – vgl. *Boehm*, 1935, S. 120), nämlich die *DPG* aufzulösen und die Psychoanalyse (nach der Verhaftung *Edith Jacobsohns*) in der Illegalität weiterzubetreiben, wodurch auch den jüdischen *DPG*-Mitgliedern ein „freiwilliger“ *DPG*-Austritt hätte erspart werden können, waren von *Jones* in Übereinstimmung mit der Mehrheit der „arischen“ *DPG*-Mitglieder ausdrücklich abgelehnt worden (vgl. *Boehm*, 1935). Und auch noch nach dem Eintritt der *DPG* in das NS-Institut kam es zu Absprachen zwischen *M. H. Göring*, dem Leiter dieses Instituts, und *Jones*, dem Präsidenten der psychoanalytischen Internationale. Aus der Rückschau nach der Niederlage des Faschismus kommentierte *Jones*:

„(...) am 19. Juli 1936 traf ich *Göring*, *Boehm* und *Müller-Braunschweig* zu einer Besprechung in Basel. *Brill* war auch anwesend. Ich fand in *Göring* einen recht liebenswerten und zugänglichen Menschen, aber wie sich später zeigte, war er nicht in der Lage, der psychoanalytischen Gruppe das Ausmaß an Freiheit zu gewähren, das er mir zugesichert hatte“ (1984, III, S. 224).

Als Ergebnis dieses Gesprächs kann wohl die Rücknahme des von den *DPG*-Mitgliedern im Mai 1936 voreilig beschlossenen Austritts der *DPG* aus der *IPV* angesehen werden. Man hatte den Austritt der *DPG* aus der *IPV*, offensichtlich irrend, als Voraussetzung für den Eintritt der *DPG* in das „Deutsche Institut“ angesehen. 1936, im Jahr der Olympiade, legten die Nationalsozialisten jedoch großen Wert auf internationale Anerkennung, d. h. sie legten keinen Wert auf einen Austritt der *DPG* aus der *IPV*. Nach dem Treffen *Görings* mit *Jones* in Basel war auch umgekehrt die Mitgliedschaft der *DPG* in einem NS-Institut, an dem erklärtermaßen der Aufbau einer „deutschen“ Psychotherapie vorangetrieben wurde, in die die von „jüdischer Weltanschauung“ gereinigte Psychoanalyse integriert werden sollte, kein Hindernisgrund, die „deutschen“ Psychoanalytiker weiterhin als Mitglieder der *IPV* zu akzeptieren. Die Meldung der Rücknahme des Austrittsbeschlusses der *DPG* er-

schien jedenfalls in der „*Internationalen Zeitschrift für Psychoanalyse* (1939, S. 213), wodurch die Mitgliedschaft der an einem NS-Institut tätigen Psychoanalytiker in der *IPV* noch einmal offiziell dokumentiert und anerkannt wurde. Das heißt: Eine Gesellschaft, nämlich die *IPV*, in der der jüdische Marxist und Emigrant *Wilhelm Reich* keinen Platz mehr hatte, tolerierte durchaus Mitglieder, nämlich die im Deutschen Reich verbliebenen Psychoanalytiker, die an einem NS-Institut tätig waren und hier nach Grundsätzen zu arbeiten begannen, an denen es spätestens nach der im Mai 1936 von *M. H. Göring* anlässlich der ersten Mitgliederversammlung am neugegründeten NS-Institut gehaltenen Rede keinen Zweifel mehr geben konnte. Die von *Jones* auf dem Marienbader Kongreß einige Monate später beteuerte „Selbständigkeit“ der Psychoanalytiker am „Deutschen Institut“, das bezeichnenderweise in den Räumen des vormaligen Berliner Psychoanalytischen Instituts untergebracht war, bestand nämlich nur insoweit, als der vom Institutsleiter *M. H. Göring* in seiner Ansprache unmißverständlich hervorgehobene „Totalitätsanspruch“ (1936, S. 290) der nationalsozialistischen „Weltanschauung“ gewahrt blieb. Das hieß in *Görings* Worten und praktisch, nämlich gegen die Psychoanalyse gewendet:

„Wir wollen z. B. erkennen, was an der Lehre *Freuds* oder an der Lehre *Adlers* jüdisch ist. Wir gehen mit der Voraussetzung an die Untersuchung heran, daß wir jüdische Eigentümlichkeiten finden müssen; denn wir können unmöglich annehmen, daß plötzlich ein Jude arisch-germanisch denkt und fühlt“ (1936, S. 293).

Für *Göring* stand also fest — und er sagte dies auch öffentlich anlässlich der Gründung des „Deutschen Instituts“ —, daß unter der Voraussetzung nationalsozialistischer Herrschaftsbedingungen „ohne Weltanschauung keine Psychotherapie“ (1936, S. 291) möglich sei. Die Psychoanalyse als Bestandteil einer „deutschen“ Psychotherapie hatte sich demnach (spätestens) ab 1936 zur nationalsozialistischen „Weltanschauung“ zu bekennen (bzw. durfte sie dieser „Weltanschauung“ nicht mehr erkennbar widersprechen). Damit war ein Anpassungsprozeß abgeschlossen, den die organisierte Psychoanalyse durchlaufen hatte, um ihre institutionalisierte Existenz zu retten, der jedoch endlich dazu geführt hatte, daß sich diese Psychoanalyse dem „weltanschaulichen“ Machtanspruch der Nationalsozialisten vollständig unterwerfen mußte. Dieser im vorliegenden Beitrag kurz skizzierte Prozeß zerfällt in drei einander überlappende Phasen:

(1) *Phase der Entpolitisierung* („weltanschauliche“ Neutralitätserklärung der Psychoanalyse; Proklamation der Handhabung der Psychoanalyse im Sinne eines „reinen“ Instruments; Ausschluß *Reichs* aus der *DPG* bzw. *IPV*; politisches Abstinenzgebot für Psychoanalytiker);

(2) *Phase der organisatorischen Anpassung* psychoanalytischer Institutionen an die neuen Herrschaftsverhältnisse („Arisierung“ der Vorstandsebene der *DPG*; „Arisierung“ der Mitgliedschaft der *DPG*);

(3) *Phase der inhaltlichen Veränderung der Psychoanalyse* (theoretische Vorbereitung der Amalgamierung psychoanalytischer und NS-Theoreme, vor allem durch *Müller-Braunschweig*; Eintritt der *DPG* in das NS-Institut 1936 und Arbeit an diesem Institut unter Voraussetzung des „weltanschaulichen“ Führungsanspruchs der nationalsozialistischen Ideologie). Die im September 1938 verfügte Auflösung der *Wiener Psychoanalytischen Vereinigung* (nach dem „Anschluß“ Österreichs an das Reich) bzw. die im November 1938 erfolgte Selbstaflösung der *DPG* und deren Rückstufung zur „Arbeitsgruppe A“ am Göring-Institut waren nur noch letzte Ausläufer eines gescheiterten Versuchs, das Überleben der institutionalisierten Psychoanalyse unter nationalsozialistischen Herrschaftsbedingungen abzusichern.

Görings Eröffnungsansprache anlässlich der ersten Mitgliederversammlung am „Deutschen Institut“ erschien gedruckt unter dem vielsagenden Titel „Weltanschauung und Psychotherapie“ (1936). Neben ausführlichen Auszügen aus Hitlers Reichsparteitagsrede von 1936 erwähnt Göring gegen Ende des Textes noch kurz ein Zusammentreffen mit dem *IPV*-Präsidenten *Jones* in Basel. Mit diesem Text erreichte die „Weltanschauungs“-Debatte um die Psychoanalyse ihren gewiß ursprünglich nicht beabsichtigten Kulminationspunkt: Im Zeichen „weltanschaulicher“ Neutralität waren *Freud* und die Majorität der Psychoanalytiker einst angetreten, um sich gegen Kritik an der Psychoanalyse und gegen Vereinnahmungen seitens bestimmter politischer Überzeugungen abzugrenzen. Eine Vermischung von Wissenschaft und Politik sollte vermieden, die „reine“ Wissenschaftlichkeit der Psychoanalyse sollte verteidigt werden. Noch 1934, beim Luzerner Kongreß, hatte *Jones* — mit implizitem Verweis auf *Reich* — vor einer Vermischung von „Öl und Wasser“ (d. h. von Politik und Psychoanalyse) gewarnt. Und doch waren er und andere um diese Zeit schon längst dabei, zugunsten der Illusion, die institutionalisierte Psychoanalyse sei unter den Bedingungen des „Dritten Reichs“ zu „retten“, eine Vermischung von Politik und Psychoanalyse zuzulassen, die sie jedoch als solche nicht zu erkennen schienen. Spätestens als die *DPG* mit Einverständnis der *IPV*-Führung in das „Deutsche Institut“ eintrat, hatte die Politik die Psychoanalyse eingeholt, hatte die Politik die „reine“ Wissenschaft unterworfen. Das ideologische Vakuum, das durch die geforderte Politikabstinenz geschaffen worden war, konnte nun mit neuen (nationalsozialistischen) Inhalten gefüllt werden. Dennoch empfiehlt es sich, für jeden während der Zeit des „Dritten Reiches“ publizierenden „deutschen“ Psychoanalytiker anhand detaillierter Einzelfallstudien genauer zu untersuchen, inwieweit er sich tatsächlich auch in seinen Schriften diesem Herrschaftsanspruch unterwarf.

Als *Müller-Braunschweig* nach der Besetzung Österreichs durch die deutschen Truppen 1938 nach Wien kam, um bei der Überführung der dortigen psychoanalytischen Institutionen ins „Deutsche Institut“ behilflich zu sein, hatte er die Direktiven seiner nationalsozialistischen Herren endgültig begriffen. Folgerichtig entwickelte er die Idee, im „*Internationalen Psychoanalytischen Verlag*“, der 1933 seine Zusammenarbeit mit *Wilhelm Reich* aufgekün-

dig hatte, eine „Deutsche Zeitschrift für Psychoanalyse, die auf dem Boden des III. Reiches steht“, herauszugeben, wie er an *Franz Wirz* schrieb, der im Stab Rudolf Heß für Hochschulangelegenheiten zuständig war (vgl. *Brecht et al.*, 1985, S. 134). An der Verwirklichung derart hochfliegender Pläne wurde *Müller-Braunschweig* jedoch durch die Nationalsozialisten gehindert, die seine Wiener Aktionen als Kompetenzüberschreitungen erlebten. Das Auftreten *Müller-Braunschweigs* in Wien 1938 war offenbar Ergebnis einer Selbstüberschätzung bzw. einer Fehleinschätzung, was die Machtfülle seines obersten Dienstherrn — *M. H. Göring*, Vetter des Reichsmarschalls — anbelangte, als dessen Wiener Stellvertreter *Müller-Braunschweig* sich wähnte und agierte. Nach meiner Einschätzung wurde *Müller-Braunschweigs* Wiener Mission von nationalsozialistischen „Hardlinern“ nicht deshalb beendet, weil *Müller-Braunschweig* sich dort besonders widerständig gegen nationalsozialistische Auffassungen gezeigt hätte, sondern weil er sich — seine eigene (stellvertretende) Machtfülle fehleinschätzend — im Geflecht nationalsozialistischer Kompetenz- und Entscheidungsträger nicht mehr recht orientieren konnte. Dadurch verletzte er deren Einflußbereich, um endlich ersetzt und von seiner Mission abberufen zu werden. Dank dieser *partiellen* Zurückstufung gelang es *Müller-Braunschweig* nach 1945, obgleich er bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges als Abteilungsleiter am „Deutschen Institut“ auf der Gehaltsliste des NS-Staates stand, eine Gloriole des Widerstandsgeistes um sein Haupt zu winden, die ihn schließlich befähigte, in den Phantasien anderer als einer der wenigen wahren und standhaften Vertreter der *Freudschen* Lehre während der Zeit des „Dritten Reiches“ zu gelten. Dies wiederum war die Voraussetzung dafür, daß *Müller-Braunschweig* nach 1945 in den Augen der Mehrheit der IPV-Mitglieder als geeigneter Mann erschien, dem die Neugründung einer psychoanalytischen Gruppe (DPV) anvertraut werden konnte, die „nichts“ mehr mit dem Erbe der Vergangenheit zu tun hatte (bzw. zu tun haben wollte). Mit der Ausgrenzung der „anderen“ (DPG) entlastete man sich abermals in einer sehr doppelsinnigen Weise, diesmal von einem Erbe, an dessen Zustandekommen, wie aufgezeigt, führende Repräsentanten der deutschen und der internationalen Psychoanalyse verantwortlich mitgewirkt hatten.

Literatur

Bernfeld, S.: Ist die Psychoanalyse eine Weltanschauung? *Zeitschrift für psychoanalytische Pädagogik* 2: 201–208 (1927/28). — *Boehm, F.*: Bericht vom 21. 8. 1934 über die Ereignisse 1933–1934. Faksimile-Abdruck. In: *Brecht, K. et al.* (Hg.), S. 99–109, 1985. — *Ders.*: Bericht vom 4. 12. 1935 über die Verhandlungen in Berlin. Faksimile-Abdruck. In: *Brecht, K. et al.* (Hg.), S. 116–127, 1985. — *Ders.*: Bericht über die Ereignisse von 1933 bis zum Amsterdamer Kongreß im August 1951. In: *Ders.*: *Schriften zur Psychoanalyse* (hg. von der Deutschen Psychoanalytischen Gesellschaft). München: Ölschläger, 301–

310, 1970. — *Brecht, K. et al.* (Hg.): „Hier geht das Leben auf eine sehr merkwürdige Weise weiter...“ — Zur Geschichte der Psychoanalyse in Deutschland. Hamburg: Keller 1985. — *Freud, S.*: Die Zukunft einer Illusion (1927). GW, XIV, 323—380. — *Ders.*: Neue Folge der Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse (1933a). GW, XV. — *Ders.*: Brief vom 21. 3. 1933 (b) an M. Eitingon (Auszug). In: *Brecht, K. et al.* (Hg.), S. 94, 1985. — *Göring, M. H.*: Weltanschauung und Psychotherapie. Zentralblatt für Psychotherapie 9, 290—296 (1936). — *Hoel, N.*: Brief vom 4. 1. 1936 an E. Jones. Faksimile-Abdruck. In: *Brecht, K. et al.* (Hg.), S. 113, 1985. — *Jones, E.*: Brief vom 28. 7. 1934 an F. Boehm. Faksimile-Abdruck. In: *Brecht, K. et al.* (Hg.), S. 68, 1985. — *Ders.*: Ansprache zur Eröffnung des „13. Internationalen Psychoanalytischen Kongresses“ 1934 in Luzern. Internationale Zeitschrift für Psychoanalyse 21, 112—115 (1935). — *Ders.*: Ansprache zur Eröffnung des „14. Internationalen Psychoanalytischen Kongresses“ 1936 in Marienbad. Internationale Zeitschrift für Psychoanalyse 23, 164—166 (1937a). — *Ders.*: Bericht des Zentralvorstandes, verlesen von E. Jones am 5. 8. 1937 in Marienbad. Internationale Zeitschrift für Psychoanalyse 23, 181—187 (1937b). — *Ders.*: Bericht des Präsidenten — „15. Internationaler Psychoanalytischer Kongreß“ 1938 in Paris. Internationale Zeitschrift für Psychoanalyse 24, 364 ff. (1939). — *Ders.*: Sigmund Freud — Leben und Werk, Bd. III. Bern, München: Huber (dtv) 1984. — *Langer, M.*: Psychoanalyse — in wessen Dienst? Neues Forum 213, 39—42 (1971). — *Lockot, R.*: Die Nachwirkungen des Nationalsozialismus auf psychoanalytische Gruppenbildungen nach 45 (bis 51) (Typoskript) 1990. — *Müller-Braunschweig, C.*: Psychoanalyse und Weltanschauung. Reichswart, 22. 10. 1933; Nachdrucke in: Zeitschrift für Politische Psychologie und Sexualökonomie 1, 74—76 (1934). — *Lohmann, H.-M.* (Hg.): Psychoanalyse und Nationalsozialismus — Beiträge zur Bearbeitung eines unbewältigten Traumas, S. 109—112. Frankfurt a. M.: Fischer 1984. — *Ders.*: Bericht an Jones vom 13. 8. 1934. Faksimile-Abdruck. In: *Brecht, K. et al.* (Hg.), S. 96, 1985. — *Ders.*: Nationalsozialistische Idee und Psychoanalyse (1935). Faksimile-Teilabdruck. In: *Brecht, K. et al.* (Hg.), S. 167, 1985. — *Putnam, J. J.*: Über die Bedeutung philosophischer Anschauungen und Ausbildung für die weitere Entwicklung der psychoanalytischen Bewegung. Imago 1, 101—118 (1912). — *Reich, M.*: Dialektischer Materialismus und Psychoanalyse. Unter dem Banner des Marxismus 3, 736—771 (1929). Nachdruck in: *Bernfeld, S. et al.*: Psychoanalyse und Marxismus — Dokumentation einer Kontroverse, S. 137—188, Frankfurt a. M.: Suhrkamp ²1971.

Anschr. d. Verf.: Dr. phil. Bernd Nitzschke, Dipl.-Psychologe, Winkelfelder Straße 5, D-4000 Düsseldorf 30.